



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hange zu schildern, aber nach wenigen Sätzen bricht er wieder ab. Aus diesem Wenigen mögen wir etwa die Motive errathen, die ihm eine Fortsetzung seiner Selbstbiographie verleideten. Nach drei glücklichen Loosen hatte der alt gewordene Mann, als er nochmals heirathete, eine böse Nummer gezogen. Zum Jahre 1466 schreibt er das Folgende:

„Seit ich mein Weib, das ich jezo habe, genommen habe, das ist in der Woche vor Jacobi 6 Jahre gewesen und ich war bei 64 Jahren alt, in der Zeit hab ich mehr Unbiltes und Uebles erlebt als je zuvor in allen meinen Tagen von Jugend auf bis zur obgenannten Zeit, besonders mit meinem zornigen, trohigen Weib. Also laß ich das Weib leben und thun was sie will und habe mich darein ergeben von meiner Kinder wegen.“

So umwölkte das Greisenalter des vielgewanderten Mannes, statt daß es ihm die süße Ruhe einer glücklichen Häuslichkeit geboten hätte, der trübe Schatten des Mißmuths und Kummers. In der Vergangenheit mußte er den Trost suchen, den ihm die Gegenwart versagte, und so schrieb er Erinnerungen und Erlebnisse nieder. Bis 1468 reichen seine Aufzeichnungen, dann legte er mit dem Spruche:

„Hie hat das buech ain end,
das Gott alls zum pesten wend!“

die Feder nieder.

Im Jahre 1474 starb er, achtundsiebzigjährig.

Fr. v. Weech.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

An der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger haben wir ein recht augenfälliges Beispiel, daß der Krieg vom vorigen Sommer wirklich gute, lebenskräftige Bestrebungen nur wenig gestört und aufgehalten hat. Sie wurde bekanntlich im Mai 1865 zu Kiel gegründet. Im Januar 1866 trat in Hamburg der Gesellschaftsausschuß zum ersten Mal zusammen, und musterte, als Stand vom 1. Januar, 3,847 Mitglieder mit 4,726 Thlr. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr. Jahresbeiträgen. Am 1. Januar 1867 dagegen zählte man nicht weniger als 12,692 Mitglieder, die der Gesellschaft 13,743 Thlr. 12 Sgr. laufenden Beitrag ent-

richteten. Das Jahr des Bürgerkrieges, des Umsturzes der alten Bundesverfassung ist folglich für die deutsche Rettungsgesellschaft zugleich das Jahr der eigentlichen Einbürgerung und nationalen Ausbreitung gewesen. Es hat sich an ihr abermals die außerordentlich folgenreiche Thatsache bewährt, daß ringsum in der Nation Organe bereit stehen, fähig und geneigt, jedes vaterländische oder humane Unternehmen freiwillig gemeinsam auf die Schultern zu heben. In Frankreich pflegt man sich für solche Fälle an Präfecten und Maires zu wenden; ja selbst in England gelingt es in der Regel weniger rasch, ein Netz von zusammenhängenden lebendigen Maschen über das ganze Land hin auszustrecken. Wir Deutsche sind gleichzeitig mit den Eisenbahnen Politiker geworden, haben unser Schicksal — unbeschadet der Verdienste Einzelner — in die eigene Hand genommen, und organisiren uns daher mit beinahe beispielloser Leichtigkeit für alle halbwegs würdigen und populären Zwecke.

Der Jahresbericht des Generalsecretärs Dr. Schumacher in Bremen für 1866, der am 27. April dem in Lübeck versammelten Gesellschaftsauschuß vorgelegt wurde, enthält außer den summarischen Bestandsziffern in einer Anlage auch eine Vertheilung derselben über die verschiedenen Gebiete. Es ergibt sich daraus, daß von den zu Neujahr vorhandenen 12,692 Mitgliedern 7,215 in Preußen, 3,326 in den andern norddeutschen Küstenstaaten, 2131 im deutschen Binnenlande außerhalb Preußens, 15 in Oestreich und 5 im Auslande wohnen. Den zehn damals bestehenden Küstenbezirksvereinen gehörten 8,630 Mitglieder an, den zehn binnenländischen Bezirksvereinen 2,722, den Vertreterschaften 1,300. Die letzteren befinden sich in folgenden Städten: Augsburg, Aschaffenburg, Apolda, Arnstadt, Altleben, Berlin, Breslau, Bockenheim, Düsseldorf, Eybau, Frankfurt am Main, Friedberg, Gotha, Gera, Hanau, Hagen, Hameln, Jena, Kassel, Lüneburg, Lindau, München, Magdeburg, Münden, Neuwied, Osnabrück, Rotenburg, Paderborn, Verden, Würzburg, Wiesbaden, Weimar; während in Altenburg, Barmen, Bonn, Braunschweig, Elberfeld, Halberstadt, Hildesheim, Leipzig, Nürnberg, Nimbürg, Saalfeld, sowie in Karlsruhe für den ganzen Oberrhein binnenländische Bezirksvereine bestehen. Wir führen diese Namen hier an, um sympathische Leser auf die etwa noch übrigen Lücken in ihrer Nähe aufmerksam zu machen.

Im Binnenlande herrscht die deutsche Gesellschaft unbestritten. An der Küste hingegen hat sie noch immer mit der Absonderung zu kämpfen, welche auf der Gründungsversammlung in Kiel als Rest eines der Centralisation der Sache gradezu feindseligen Strebens übrigblieb. Doch muß man constatiren, daß der Particularismus im Rettungswesen neuerdings viel von seinem trotzigem Selbstbewußtsein, und folglich also wohl von seiner Lebenskraft eingebüßt hat. Die relativ berechnete Sonderbündelei der Ostfriesen ist offenbar ebensogut auf

dem Rückzuge begriffen, wie die schwer zu verstehende der Hamburger und der Stralsunder. Mit dem Welfenreiche ist das stärkste Hinderniß ihres Eintritts in die allgemeine Gesellschaft gewichen. Die Uebernahme des Protectorats derselben durch König Wilhelm muß es allen drei Sondervereinen erleichtern, ihre äußere Selbständigkeit zu opfern, um gleichverpflichtet und gleichberechtigt theilzunehmen an dem nationalen Rettungswerke, anstatt daß sie jetzt bloß innerhalb ihrer eigenen engen Sphäre handelnd eingreifen können und nur wie Deutsche zweiter Classe gleichsam an den gemeinschaftlichen Berathungen schriftlich oder mündlich theilnehmen. Die Empfindung von der Unhaltbarkeit ihrer Stellung ist denn auch schon bei allen drei Sondervereinen sichtlich hervorgetreten, bei Ostfriesland und Stralsund in den letzten Jahresberichten und Vereinsversammlungen, bei Hamburg mehr privater Weise. Es handelt sich eber nur noch um die Form des Anschlusses als um den Anschluß selbst. Bis übers Jahr wird der letztere in der einen oder anderen Weise wohl vollzogen sein.

Das hauptsächlichste Argument der Gegner der Centralisation in Kiel war die kostspielige Ueberflüssigkeit der centralen Verwaltung. In der That hat diese im Jahre 1866 z. B. 2500—3000 Thlr. gekostet, die ohne nationale Organisation nicht zur Ausgabe gelangt sein würden, abgesehen von Kosten für Proben, Modelle u. s. w., welche ohne sie ebenfalls schwerlich hervorgerufen worden wären. Aber diesem Aufwande steht der ganze Reinertrag der hundert Sammlungen in großen und kleinen, maritimen und binnenländischen Orten gegenüber, welche erst durch ihn wirklich und möglich geworden sind; — so daß der Generalsecretär im Jahresbericht durchaus berechtigt ist anzunehmen, die Centralverwaltung habe mindestens das Achtefache dessen aufgebracht, was sie gekostet.

Diesen Einwand haben die Particularisten des Rettungswerks — um ohne böse Meinung einen bequemen und verständlichen Ausdruck zu gebrauchen — denn auch fallen lassen. Sie widersetzten sich nicht einmal mehr, als auf der Jahresversammlung in Lübeck jene Einsetzung eines technischen Inspectors beschlossen wurde, welche man in Kiel 1865 ihrem Murren über den Luxus einer zwecklosen Centralisation hatte opfern müssen. Ueber den Präsidenten und den Generalsecretär wird also in einem Betriebsinspector demnächst ein dritter ständiger Beamter der Rettungsanstalt treten, dessen Aufgabe die beständige Ocularcontrole des sämmtlichen gebrauchten Materials sein wird.

Dieser Beschluß dürfte leicht das wichtigste concrete Resultat der soeben gehaltenen Jahresversammlung in Lübeck sein. Die Verhandlungen ließen sonst formell genommen dies und das zu wünschen übrig. Der Generalsecretär hatte ohne Zweifel alles aufs sorgfältigste vorbereitet. Der Gesellschaftspräsident, Consul H. H. Meier aus Bremen, kann, was allgemeine Einsicht und Erfahrung,

praktischen Blick, angesehene Lebensstellung, Energie und Initiative anbelangt, nicht leicht von jemandem übertroffen werden. Für die Gesellschaft im Ganzen ist sein Präsidium von ausgemachtem und allgemein anerkanntem Werthe. Er hat aber für die Vorsitzführung mitunter die Fehler seiner Vorzüge an sich, d. h. ein zu starkes persönliches Eingreifen in die Debatte, eine zu reizbare Ungeduld gegen Abschweifungen oder was ihm als dergleichen erscheint, ja wohl auch gegen eingehend erschöpfende Besprechung von Hauptfragen überhaupt. Eine gewisse Ermüdung kam in die des besten Willens volle Versammlung der Ausschußmitglieder schon dadurch, daß sie den Jahresbericht mußte vorlesen hören, anstatt ihn gedruckt auf ihren Plätzen zu finden, was, so trefflich der Bericht auch orientirte, doch die nachtheilige Wirkung hatte, daß die Frische der ersten Stunde den eigentlichen Verhandlungen verloren ging. Nachher litten diese dann noch einigermaßen unter der Fluth von Anträgen der Bezirksverwaltungen, worin sich namentlich diejenige für das westliche Schleswig hervorgethan hatte. Da der Vorsitzende den Stoff gern in einer einzigen Sitzung erledigen wollte, so trat später ein wahrer Wettstreit zwischen ihm und den Antragstellern ein, freiwillig zurückzuziehen oder zur Zurückziehung zu bestimmen, was dann wieder nicht in allen Fällen zum Vortheil der Sache ausschlagen konnte. Beispielsweise hätte eine Besprechung über die die Bezirksvereine betreffenden Vorschriften des Statuts wohl dazu führen können, die Verhandlung mit den außenstehenden Vereinen wegen ihres Eintritts einen Schritt weiterzuführen. Diese Verhandlung ist in Lübeck anscheinend gar nicht vorwärts gerückt, obgleich alle drei Sondervereine durch leitende Mitglieder vertreten waren (Hamburg durch Herrn Ad. Godeffroy, Ostfriesland durch Oberzollinspector Breusing aus Emden, Stralsund durch Professor Zober). Eine Berührung des Punktes auf der beiden Parteien zugänglichen Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft mußte natürlich tactvoll geschehen, um nicht zu schaden statt zu nützen; aber in dieser Hinsicht hätte man sich ja sowohl auf die Leitung, wie auf die einzelnen Theilnehmer der Debatte unbedenklich verlassen können.

Unter den letzteren war auch der ehemalige erste Generalsecretär und eigentliche Gründer der Gesellschaft, Professor Emminghaus aus Karlsruhe. Er vertrat den großen südwestdeutschen Bezirksverein, der Baden, Württemberg, die bayerische Rheinpfalz und Rheinhesen umfaßt. Im letzten Winter gegründet, ist dieser Verein auf seine Art auch ein Protest gegen die Mainlinie, die die deutsche Rettungsgesellschaft mit ihm erst recht eigentlich herrschend überschritten hat. Es ist, als ob unsere süddeutschen Brüder sich seit der Stiftung des norddeutschen Bundes doppelt verpflichtet glaubten, jede Gelegenheit zu ergreifen, um ihre Zusammengehörigkeit mit dem Norden thatsächlich und opfer-

bringend zu bekunden. Möge dieser Drang sie auf noch wichtigeren und ernsteren Gebieten nicht im Stiche lassen! Und möge ihr Vorgehen endlich in einer gewissen wohlansändigen Scham die letzten Bedenken ersticken, welche die bestehenden Sondervereine noch abhalten, in die nationale Rettungsgesellschaft aufzugeben.

Luxemburg und die Mainlinie.

Am Freitag, den 26. April wurde in Berlin beschlossen, auf die Vermittlungsvorschläge der unbetheiligten Großmächte in der luxemburger Frage einzugehen, obgleich dieselben in ihrer Neigung der Unruhe Frankreichs eine große Concession zu machen, den Preußen die Aufgabe der Festung Luxemburg empfahlen; wogegen sie allerdings versiezen, das Großherzogthum unter gemeinsamen Schutz zu stellen und dadurch seinen Annex an Frankreich zwar nicht zu verhindern, vielleicht zu erschweren. Die Thätigkeit der Botschafter in Berlin wurde gefördert durch die persönliche Einwirkung mehrerer Souveräne, welche die Vermählung der Prinzessin Hohenzollern mit dem Grafen Flandern in Berlin vereinigt hatte. Unter ihnen war der König der Belgier besonders hervorragend durch Urtheil und sein Landesinteresse, und er suchte, wie verlautet, besonders eifrig eine Verständigung zwischen Preußen und Frankreich.

Thatsache ist, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, die Festung Luxemburg gegen irgendwelche Garantien zu opfern. Von diesen Garantien werden wir nur eine für genügendes Aequivalent halten, wenn es gelingt, die Personalunion zwischen Luxemburg und Holland in der Weise aufzuheben, daß ein Prinz des Hauses Oranien-Nassau: Heinrich, der gegenwärtige Statthalter, oder Prinz Nikolaus v. Nassau das Territorium als Landesherr erhält. Dann mag das Land für ewige Zeiten neutralisirt zwischen Deutschland und Frankreich liegen, für militärischen Einmarsch in Frankreich uns ein arges Hinderniß, den Franzosen ein Schutz, den sie jetzt so aufgeregelt begehren; im